

Für Bürgerinitiative ist der Kraftwerksneubau noch zu verhindern

WALSUM (RP) Die Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord setzt sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, den Bau des von der Steag geplanten Steinkohlekraftwerks in Walsum zu verhindern. Die Mitglieder sind überzeugt davon, dass ihnen dies auch gelingen wird, da sie daran glauben, dass sich die Vernunft letztendlich durchsetzt. Und das gilt auch für Marcel Opgen-Rhein von der Bürgerinitiative. Er legt Wert auf die Feststellung, nicht der Ansicht zu sein, dass das Kraftwerk nicht mehr verhindert werden könne. Im Gegenteil. Es gebe noch zahlreiche Hebel, die von der Bürgerinitiative angesetzt werden könnten, um das Ziel zu erreichen. Einer dieser Hebel sei der heute um 15 Uhr stattfindende Protestmarsch vom König-Heinrich-Platz

NRZ Duisburg

Mittwoch 18.01.2006

In Walsum kocht die Wut

Sondersitzung des Umweltausschusses wurde von vielen Protesten aus der Bevölkerung begleitet.

Zermürben durch eine Unmenge an technischen Details: Diese Taktik wandte gestern Nachmittag Dr. Wolfgang Konrad von der Abteilung Umweltschutz und Genehmigungsverfahren der Steag während der Sondersitzung des Umweltausschusses an. Thema: geplanter Neubau des Blocks 10 an der Rheinstraße.

Schon im Vorfeld hatten sich mehr als 200 Demonstranten auf dem Burgplatz versammelt, um gegen das geplante Steinkohlekraftwerk zu demonstrieren. Gleiches taten sie auch von den Tribünen des Ratssaales aus, in dem sie der versammelten Politikerschleife lautstark ihre Meinung verkündeten. Zumindest ein Demonstrant wedelte dabei so heftig mit seinem Protestschild vor einem Feuermelder rum, dass prompt Alarm ausgelöst wurde und die Feuerwehr anrückte, aber mangels Brand unverrichteter Dinge wieder abzog.

Zu der Sondersitzung war es auf Druck der Politik und hier vor allem der Grünen gekommen. Denn die Verwaltung hatte das geforderte gemeindliche Einvernehmen dadurch erteilt, dass sie sich nicht zu Wort meldete. Von der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde kamen allerdings in der Zwischenzeit Signale, möglicherweise noch kommende Einwände der Duisburger Verwaltung beim Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Und in der Vorlage für den Umweltausschuss gab es eine Menge Einwände beziehungsweise offene Fragen. Diese müssen aus Duisburger Sicht erst einmal beantwortet werden, bevor eine Genehmigung ausgesprochen werden kann.

Konrad ging in seinem fast anderthalbstündigen Vortrag vor den Ausschussmitgliedern und Bürgern noch einmal auf das gesamte Projekt mit seinen 800 Millionen Euro Investitionskosten ein. Seiner Meinung nach ist es "ein bedeutender Betrag zur Entwicklung der Region".

17.01.2006 SVENJA AUFDERHEIDE

Vorwurf: Steag will sich Genehmigung erschleichen

Technische Vorbereitungen für Kraft-Wärmekopplungen sollen in Neubau integriert werden.

Wolfgang Konrad warb für das Kraftwerksprojekt unter anderem mit den Hinweis, dass so nicht nur 170 Arbeitsplätze des bestehenden Kraftwerks langfristig gesichert werden, sondern durch den neuen Block weitere 60 Arbeitsplätze entstehen und während der Bauphase rund 1000 Handwerker und Techniker auf dem Gelände beschäftigt werden.

Neu war für viele auch, dass die Steag nach eigenen Worten zwar bisher keinen Bedarf für Fernwärme sieht und keine weiteren Abnehmer hat, aber trotzdem bei dem Neubau alle technischen Vorbereitungen schaffen will, um bei Bedarf auf Kraft- Wärme-Kopplung zurückgreifen zu können. Konrad bestätigte noch einmal, dass die beiden Aktiv-Kohlelager zwar mit Berieselungsanlagen ausgestattet, aber nicht eingehaust werden.

Wilfried Mohr von der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte wies noch einmal darauf hin, dass in Walsum "die Wut kocht", weil die Bürger auf einmal vor vollendete Tatsachen gestellt worden seien. Der Neubau und vor allem der umstrittene 180 Meter hohe Kühlturm mache das Dorf kaputt. Die Steag wolle sich mit dem Baulückenparagraph die Genehmigung erschleichen. (auf)

17.01.2006 Fortsetzung von 1. Lokalseite

Rheinische Post Dinslaken-Voerde-Hünxe Freitag 20.01.2006

NIEDERRHEIN

Protest gegen die Kraftwerkspläne

WALSUM Die Pläne der Steag, in Walsum ein neues Kraftwerk zu bauen, sorgen weiter für heftige Diskussionen. Auch die Sitzung der Walsumer Bezirksvertretung, die gestern über das Projekt debattierte, war von Protesten besorgter Bürger begleitet. Was die Walsumer an den Plänen der Steag besonders stört, hat die Rheinische Post bei einer Umfrage herausgefunden. Die Steag dagegen beruhigt.



Bezirksvertretung Steag-Kraftwerkspläne erhitzen weiter die Gemüter

Nach dem Duisburger Umweltausschuss beschäftigte sich gestern die Walsumer Bezirksvertretung mit dem Vorhaben der Steag, in Walsum ein neues Kraftwerk zu bauen. Und wieder war die Sitzung begleitet von Protesten.

SEITE C 2

RP-FOTO: RALF HOHL

„Wir atmen hier genug Dreck“

RP-Umf rage: Viele Walsumer zeigen sich angesichts der Steag-Pläne zum Kraftwerksausbau empört. Und fordern ihre Nachbarn und die Dinslakener zu mehr Widerstand auf.

VON STEFFEN PENZEL

WALSUM Karin Steffen ist sauer. Von ihrem Wohnzimmer aus blickt die Walsumerin direkt auf das Bergwerk und das Steag-Kraftwerk. Und der Gedanke, dass das „Panorama“ bald um einen zusätzlichen Block erweitert werden soll, behagt Karin Steffen gar nicht. „Das reicht, was da steht. Wir atmen hier schon genug Dreck ein“, stöhnt sie.

Kühlturm bereitet Kopferbrechen

Ganz ähnlich sieht das Horst Wissing. Wissing ist ein Nachbar von Karin Steffen auf der Theißelmann-Straße und spaziert gerade mit seinem Hund Henry am Friedhof entlang. „Das macht mich alles sehr traurig. Das ist eine Riesen-Schweineerei, was hier passiert“, poltert Horst Wissing. Gerade der geplante 180 Meter hohe Kühlturm bereitet ihm Kopfzerbrechen. „Einige meiner Nachbarn haben Solaranlagen auf dem Dach. Aber die können den fehlenden Strom dann ja von der Steag kaufen“, lästert Wissing. Verwundert zeigt sich der gebürtige Walsumer über die ausbleibenden Reaktionen aus Dinslaken. „Der Strom geht ins Ausland und der ganze Dreck nach Dinslaken“, sagt Wissing und deutet auf die Rauchfahne über dem Kraftwerk, die in Richtung Dinslaken hängt.

Dem kann auch Edelgard Pidde nur zustimmen. „Vielen Leuten scheint der Kraftwerksbau ja ziemlich egal zu sein. Manchmal ist es schon erschreckend, wie wenig Widerstand es da gibt“, wundert sich Pidde. Sie selber und ihr Mann Michael Münstermann engagieren sich in der „Bürgerinitiative gegen Umweltgifte“. „Hier wird die Umwelt mit einem veralteten Kraftwerk zerstört“, empört sich Michael Münstermann. Für die Bauphase erwarten die beiden Walsumer „jede Menge Dreck und Lärm“. „Die werden wohl viele LKW brauchen, um den ganzen Mist abzutransportieren“, sagt Pidde.

Besonders hart treffen die Steag-Pläne Matthias Langhoff. Langhoff führt das Fischrestaurant „Walsumer Hof“. Das liegt nur einen Steinwurf entfernt vom Steag-Baugelände. Der Ruf des „Walsumer Hof“ ist hervorragend. Wer bei Matthias Langhoff einen Tisch bestellen will, muss mit ein paar Wochen Wartezeit rechnen. „Die Reservierungsliste für dieses Jahr ist gut“, erzählt Langhoff. „Trotzdem habe ich Angst“ Seine Gäste sprechen ihn fast täglich an, wann das 666 Jahre alte, Denkmal geschützte Haus abgerissen werde. „Wir haben aber einen Pachtvertrag bis 2017. Und den erfüllen wir auch“, gibt sich der Restaurant-Pächter kämpferisch. Zumal ihm sein Vermieter signalisiert habe, dass es den Walsumer Hof noch „lange Zeit“ geben werde.

Sorge um Sommer-Gäste

Sorge bereitet ihm jedoch die Sommer. „Da werden die spontanen Gäste wohl wegbleiben. Wer hat schon Lust, sein Bier im Schatten des Kühlturms, oder mit Blick auf Bagger und Laster zu trinken?“, zuckt Matthias Langhoff mit den Schultern.

Info Block 10 Rund 800 Millionen Euro will die Steag in den Bau des neuen Steinkohle-Kraftwerksblocks investieren. Dafür hat die Steag mit der EVN AG, ein österreichisches Energieunternehmen, eine Projektgesellschaft gegründet. Der Nettowirkungsgrad des Kraftwerks soll 45 Prozent betragen. Der Kühlturm eine Höhe von 180 Metern erreichen.



Matthias Langhoff hat trotz voller Reservierungsbücher **Sorge**. Er fürchtet um das **Sommergeschäft** im Schatten des neuen Kühlturms. RP-FOTO: KAZUR



Edelgard **Pidde** und Michael **Münstermann** sind alte Walsumer. Ihrer Meinung nach könnte sich noch mehr **Widerstand** formieren. RP-FOTO: KAZUR



Karin Steffen blickt von ihrem **Wohnzimmer** aus auf das Steag-Gelände und findet, dass es in Walsum schon genug **Dreck** gibt. RP-FOTO: KAZUR



Horst Wissing wohnt auf der Theißelmannstraße und hält die Pläne der Steag zur Kraftwerkserweiterung für eine „**riesige Schweineret**“. RP-FOTO: KAZUR

DAS SAGT DIE STEAG

Etwa 60 neue Arbeitsplätze entstehen

VON STEFFEN PENZEL

WALSUM Bei der Diskussion über die geplante Erweiterung des Steag-Kohlekraftwerks in Walsum werden von den Kraftwerksgegnern immer wieder Zahlen genannt, die denen der offiziellen Steag-Veröffentlichungen widersprechen. Dr. Peter Rzeznitzek, Pressesprecher der Steag, gab Auskunft über die Bauzeit, über Aufträge für das heimische Handwerk und über Arbeitsplätze, die im geplanten Walsumer Kraftwerk neu entstehen werden.

Betrieb ab 2010

Nach Aussage des Steag-Pressesprechers wird die Bauzeit nach den bisherigen Planungen etwa vier Jahre betragen. Der kommerzielle Betrieb ist ab 2010 geplant. Mit den Bauarbeiten soll voraussichtlich Ende 2006, Anfang 2007 begonnen werden.

Für den Kraftwerksbetriebs sei grundsätzlich geplant, die Kohle per Schiff und Bahn anzuliefern und auch Gips und Asche bevorzugt per Schiff abzutransportieren. Für den Abtransport von Teilmengen sei zusätzlich der Transport per Lkw beabsichtigt. Nur für den Fall einer eventuellen Störung der Abnahme per Schiff wurde auch der vollständige Abtransport per Lkw beantragt. Während der Bauarbeiten werden etwa 1000 Handwerker, Techniker und andere Fachleute auf der Baustelle arbeiten. Nach der Inbetriebnahme werden regelmäßig große und kleine Revisionen durchgeführt, in die die Steag Millionen investiert.

Nach der Fertigstellung wird die Kohle laut Rzeznitzek grundsätzlich per Schiff und Bahn angeliefert. Er versicherte, dies würde für die Anwohner keine Auswirkungen haben. Die Gutachten und Prognosen zeigten, dass die Staubbelastung gemäß Technische Anleitung Luft irrelevant sein werde. Das bedeute: Die Anwohner würden von der Anlieferung nichts merken, Neben der Kohle beschränke sich die Anlieferung weiterer „Schüttgüter“ auf Kalkprodukte für die Rauchgasentschwefelungsanlagen. Diese Anlieferung werde in geschlossenen Silofahrzeugen erfolgen, so der Pressesprecher.

Zur Frage der Arbeitsplätze erklärte er, derzeit seien im bereits bestehenden Heizkraftwerk rund 170 Mitarbeiter beschäftigt. Nach der Inbetriebnahme des Block 10 würden außerdem etwa 60 weitere Arbeitsplätze entstehen. Zudem, so sagte Pressesprecher Peter Rzeznitzek, würden im Umfeld des Kraftwerks mehrere Hundert Arbeitsplätze gesichert oder gar neu geschaffen.

SPD und CDU wollen das neue Steag-Kraftwerk

VON HEINZ SCHILD

WALSUM „Wir wollen rein“ - skandierten etliche der Walsumer, die gestern Nachmittag vor der Türe des Sitzungssaales im Bezirksrathaus standen. Drinnen tagte die Bezirksvertretung und befaste sich mit den Plänen der Steag zum Bau des neuen Kraftwerks. Wegen des begrenzten Platzes waren im Vorfeld der Sitzung Einlasskarten für 30 Zuhörer ausgegeben worden. Nur wer eine solche hatte, dürfte in den Tagungsraum. Dass niemand ohne Zugangsberechtigung hereinkam, dafür sorgten Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Die lautstarken Missfallensäußerungen der draußen stehenden Bürger wertete Bezirksvorsteher Heinz Plückelmann als Ruhestörung und drohte ihnen damit, die Saaltüren schließen zu lassen - doch sie blieben offen.

Bevor die Sitzung offiziell eröffnet wurde, durfte Lothar Ipach von der Bürgerinitiative (BI) gegen Umweltgifte zu der Problematik des Kraftwerksbaus Stellung beziehen und trat den großen Teil der ihm zugestanden zehnte Minuten Redezeit an Wilfried Mohr ab. Der legte dar, welche Aussagen pro Kraftwerk aus Sicht der betroffenen Bürger nicht stichhaltig sind. Das Argument der Schaffung von 60 neuen Arbeitsplätzen ließ er ebenso wenig gelten wie den Hinweis, während der Bauphase würden für drei Jahre 1000 Menschen auf der Baustelle arbeiten. Der Steag warf er Profitdenken vor. Verfeuert werde Importkohle, den Walsumern bleibe nur der Dreck. „Wir kriegen die falsche Industrie“, warnte Mohr vor den Umweltbelastungen.

Nachdem die beiden Kraftwerksgegner die Redezeit überzogen und 13 Minuten gesprochen hatten, kam Dr. Wolfgang Konrad von der Steag zu Wort- auch ihm wurden 13 Minuten zugestanden. Sein Credo: Die Steag baue das modernste Kraftwerk Deutschlands, die Anlage entspreche dem modernsten Stand des Umweltschutzes und sei sozial nachhaltig, da sie Arbeitsplätze sichere und neue schaffe. Sie als Klimakiller zu bezeichnen, sei grundweg falsch, da sie allen Klimaschutzziele der Bundesrepublik entspreche.

SPD und CDU sprachen sich für den Bau des Kraftwerksblocks aus, sehen sie darin doch einen wirtschaftlichen Beitrag zur Entwicklung der Region. Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Steag-Projekt begründeten die beiden grünen Mitglieder der Bezirksvertretung mit der ihrer Ansicht nach veralteten- Technik und der Gefahr, dass weitere Kraftwerke am Standort Walsum gebaut würden. Eine Entscheidung stand gestern nicht an, da die Bezirksregierung Düsseldorf Genehmigungsbehörde für das geplante Kraftwerk ist.

Grüne trennen sich von SPD

WALSUM (hsd) Die Grünen haben die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der Walsumer Bezirksvertretung beendet. Dies aus Verärgerung darüber, dass die SPD sich im Vorfeld der gestrigen Sitzung mit der CDU darauf verständigt hatte, der Bürgerinitiative (BI) gegen Umweltgifte in der Sitzung kein Rederecht zum Tagesordnungspunkt Steag-Kraftwerksbau einzuräumen. In der Sitzung kam die BI dann aber doch zu Wort. Wie Franz Tews, Bezirks-Fraktionsvorsitzender der Grünen, gestern erklärte, gab es zum Kraftwerks-Projekt eine Verwaltungsvorlage, deren Befürwortung einen heimlich vorgezogenen Baubeginn ermöglicht hätte. Die Verwaltung zog die Vorlage zurück. Nicht auf Anweisung der Bezirksregierung Düsseldorf, sondern um die eigene Rechtsposition zu überprüfen, so Bezirksamtsleiter Hartmut Schwell.

„Unterste Schublade“- die Entgleisung von Plincner

WALSUM (hsd) Eine böse verbale Entgleisung leistete sich Ralf Plincner von der PBP in der gestrigen Sitzung der Bezirksvertretung. Als er sich für das geplante Steag-Kraftwerk aussprach, kam er auf die Bürgerinitiative zu sprechen und stellte für sich fest: „Da sind Leute dabei - unterste Schublade.“ Das löste Empörung im Saal aus. Bezirksvorsteher Heinz Plückelmann rügte diese beleidigende Äußerung, woraufhin Ralf Plincner sich entschuldigte.

Rheinische Post Dinslaken-Voerde-Hünxe Mittwoch 18.01.2006

Greulich gegen den Rest

Der Grünen-Politiker und Duisburger Umweltdezernent Dr. Peter Greulich stellte sich der Diskussion mit den Walsumer Kraftwerksgegnern. Und blieb dabei trotz massiver Kritik erstaunlich ruhig und sachlich.

VON STEFFEN PENZEL

WALSUM Einen Dr. Peter Greulich scheint so leicht nichts aus der Bahn zu werfen. Nicht, wenn ihm 45 Minuten lang lauthals „Täuschung“, „Skandal“, „Schiebung“ und lautes, höhnisches Gelächter entgegenschlägt. Nicht wenn ihm vom Publikum vorgeworfen wird, er hätte seine grünen Ideale verkauft. Und auch nicht, wenn ihm von zwei Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte ein großes Paket an Argumenten vorgestellt wird, das in deren Augen klar und eindeutig gegen den Bau eines Steag-Kraftwerks in Walsum spricht.

So geschehen im Walsumer Brauhaus. Da gab es nämlich eine Podiumsdiskussion zum Thema Kraftwerksbau in Walsum. Und Moderator Rainer Zimmermann hatte neben Dr. Peter Greulich (Grüne), Umweltdezernent der Stadt Duisburg, auch Michael Lefknecht und Wilfried Mohr von der Walsumer Bürgerinitiative zum offenen Streiten eingeladen.



Walsumer Bürger demonstrierten gestern vor Beginn der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vor dem Rathauses gegen das Steag-Kraftwerk. RIF-FOTO: ANDREAS PROBST

Nicht nach „Lust und Laune“

Warum die Stadt nicht reagiert hätte, als es um die Genehmigung des umstrittenen Kraftwerksbau ging, wollten Rainer Zimmermann, Wilfried Mohr und Michael Lefknecht wissen. Über die Antwort musste Dr. Peter Greulich gar nicht lange nachdenken. „Wir genehmigen die Anlage nicht, sondern erteilen nur ein gemeindliches Einvernehmen“, korrigierte Greulich. Und bei diesem gemeindlichen Einvernehmen könne man eben nicht „nach Lust und Laune“ entscheiden. „Es gibt einen Genehmigungsanspruch. Und wenn sich der Antragssteller an die Spielregeln hält - und das hat die Steag - gibt es keinen Grund, das Einvernehmen nicht zu erteilen“, erläuterte der Umweltdezernent ruhig. „Natürlich muss dieses Kraftwerk nicht unbedingt hierher, und ich schätze das Anliegen der Bürgerinitiative sehr“, probierte er die Wogen etwas zu glätten. „Es kann aber auch nicht verhindert werden, weil es erlaubt ist.“ Den Vorwurf seitens Wilfried Mohr, dass der Nutzungsgrad des Kraftwerkes zu klein sei und man den Walsumern mit der „veralteten Technik ein Geschwür“ vor die Nase setze, ließ Greulich ebenfalls nicht so stehen. „45 Prozent Nutzungsgrad ist für die Steinkohle als Energieträger ein moderner Wert. Mehr geht nicht. Und mit einer Biomasse-Anlagen schaffen sie nur knapp über 30 Prozent.“

Kopfschütteln

Den Kraftwerksgegnern blieb da nur noch erstauntes Kopfschütteln. „Dass sie als Grüner solche Argumente bringen, ist schon erstaunlich“, wunderte sich Michael Lefknecht, während sich sein Mitstreiter Wilfried Mohr demonstrativ kämpferisch gab. „Wir müssen jetzt unseren Mann stehen. Wir werden Tausende auf die Straße kriegen. Mal sehen, ob sich die Steag traut, gegen einen solchen Widerstand vorzugehen.“

INFO „Viele Gründe“ „Wir haben so viele Gründe, gegen das Kraftwerk zu sein. Das dauert zwei Tage, die aufzuzählen“, sagte Wilfried Mohr. Die Kraftwerksgegner stört unter anderem, dass die Grundstücke um das Kraftwerk an Wert verlieren, dass mit 880 Millionen Euro nur 60 Arbeitsplätze geschaffen werden und dass das Kraftwerk rund vier Millionen Tonnen Kohlendioxid produzieren wird.

[Stadtpanorama Mittwoch 18.01.2006](#)

[Demo gegen das Kraftwerk](#)

Bürger: Kampf geht weiter!

WALSUM - Der Kampf der Bürgerinitiative gegen das geplante Kohlekraftwerk der Steag geht in die heiße Phase. Gestern gingen die Bürgerinnen auf die Straße und machten ihrem Ärger richtig Luft.

Die Demonstranten zogen zum Rathaus, wo auch die Abschlusskundgebung stattfand. Ralf Welters, Sprecher der Bürgerinitiative: „Wir versuchen, den Politikern deutlich zu machen, dass planungsrechtlich noch nicht alles abgeschlossen ist, die Stadt kann noch einwirken. Es ist noch nicht aller Tage Abend. Des Weiteren machen wir klar, dass die Vogelflugroute der Wildgänse bei den Planungen der Steag nicht berücksichtigt wurde. Die Wolke des Kühlturmes würde die Route nämlich erheblich stören. Ebenfalls keine Auflistung gibt es für die Klinik für Suchtkranke, die unmittelbar neben dem Kraftwerk stünde. Im Falle des Falles wäre dies eine Katastrophe für die Menschen dort. Der Kampf geht also weiter!“ Am morgigen Donnerstag, 19. Januar, um 17 Uhr, befasst sich auch die Bezirksvertretung Walsum im Rathaus am Kometenplatz mit den Thema Kohlekraftwerk. Auch dort werden Vertreter der Initiative gegen das geplante Kraftwerk zugegen sein. Rederecht kann ihnen im Rahmen der parlamentarischen Geschäftsordnung nicht eingeräumt werden. Im Gespräch indes sind sie alle. nk

[Umweltausschuss sucht nach Antwort](#)

Wie teuer wird Energie noch?

WALSUM - Warum explodieren die Energiepreise? Welche Folgen hat der wachsende Verbrauch fossiler Energieträger?

Was müssen wir bedenken, wenn wir über Gas aus Russland sprechen, über heimische Kohle, Kohlekraftwerke, Benzin- und Strompreise oder den Ausstieg aus der Kernenergie? Ist eine Energiewende nötig und was bedeutet Nachhaltigkeit? Die Häufung der Nachrichten über außergewöhnliche Wetterereignisse ist beunruhigend. Die von Menschen gemachte Klimaveränderung wird in der Fachwelt kaum noch bestritten. Kann die Menschheit noch gegensteuern? Im Vortrag werden Zusammenhänge in Bezug auf Einsatz und Reichweite von Kohle, Öl und Gas dargestellt. Es werden einige preisbindende Mechanismen beleuchtet und die Abhängigkeit der Industrieländer aufgezeigt. Was folgt daraus für die zukünftigen Energiesysteme? Welche Optionen stehen für eine nachhaltige Energieversorgung zur Verfügung? Der Umweltausschuss der evangelischen Kirchengemeinde Walsum-Aldenrade sucht nach Antworten und lädt zu einem Vortrag am Donnerstag, 19. Januar, um 19 Uhr, in das Evangelische Gemeindehaus, an der Schulstraße 2, in Duisburg-Walsum, ein. Als Referent spricht Dipl.-Phys. Ing. Othmar M. Verheyen, Moderator des Arbeitskreises Energie und Klima der Lokalen Agenda 21 Duisburg und Mitarbeiter am Institut für Energie- und Umweltverfahrenstechnik an der Universität Duisburg Essen.

NRZ Duisburg Nord

Donnerstag 19.01.2006

Walsumer Grüne trennen sich von der SPD

Koalition zerbricht am Thema "Steag-Kraftwerk". Fraktionsvorsitzender Franz Tews will wechselnde Mehrheiten suchen

Die Politik in Walsum wird sich vom heutigen Tag an ändern: Die Grünen um den Bezirks-Fraktionsvorsitzenden Franz Tews beenden offiziell ihre "Koalition" mit der SPD. Das bestätigte Tews gestern auf Anfrage der Redaktion.

Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten hat der Grüne aufgekündigt, weil er das Vorgehen des großen Partners in Sachen "Steag-Kraftwerk-Neubau" nicht gutheißen kann. Er und seine Partei fühlen sich von Bezirksvorsteher Heinz Plückelmann (SPD) übergangen. Der hatte - wie berichtet - zuletzt u.a. in Absprache mit dem Vorsitzenden seiner eigenen Fraktion und der CDU abgelehnt, dass Bürger heute in der Sitzung der Bezirksvertretung ein Rederecht zum Thema "Kraftwerksbau" bekommen. Die Grünen, also ihren Partner, klagt Tews, habe er nicht nach deren Meinung gefragt.

"Wenn man als Bezirkspolitiker arbeitet, macht man nicht die große Weltpolitik. Aber wir wollen Duftnoten setzen und nah an den Menschen sein." Das vermisst Tews.

Die Folge: Die SPD, die seit 1999 mit Stimmen der Grünen die Mehrheit im Bezirk hatte (10:9), wird sich jetzt um neue Mehrheiten bemühen müssen. Tews kann sich nicht vorstellen, dass es in Walsum eine "große Koalition" gibt. Vielmehr müssten jetzt beide "große Parteien" bei den kleinen um Stimmen buhlen.

Tews sieht für seine Partei auch Chancen in der neuen Situation: "Wir werden Politik mit wechselnden Mehrheiten machen und nur noch themenorientiert Entscheidungen treffen."

18.01.2006 Von Gregor Herberhold

Plückelmann: "Es tut mir ein bisschen leid"

SPD zum Thema "Ende der rot-grünen Koalition"

"Ach, sagen Sie bloß?!" Der Walsumer Bezirksvorsteher Heinz Plückelmann (SPD) tat gestern überrascht, als er von der Redaktion auf das Ende der Koalition mit den Grünen angesprochen wurde. Offiziell habe man ihn nicht informiert, sagte er. Allerdings räumte er später im Gespräch ein, am Rande davon schon gehört zu haben. "Es tut mir ein bisschen leid", sagte Plückelmann weiter. "Im Kern haben wir gut zusammengearbeitet", obwohl es manchmal unterschiedliche Auffassungen gegeben habe. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Walsumer SPD, Klaus Hasselbach, urteilt schärfer: "Es ging mit den Grünen so nicht mehr weiter. Herr Tews hüpfte auf jede Initiative auf." Insbesondere stört Hasselbach, dass sich der Grüne mit den Kraftwerksgegnern verbündet habe. Wie es weitergehen soll mit der Politik im Norden Duisburgs? Plückelmann: "Ich muss mal mit der Fraktion drüber reden. Ich bestimme ja nicht alleine." Hasselbach: "Wir müssen sehen." gh

Die Welt

16.01.2006

Versorgungsengpässe

Die Energiepolitik steht unter wachsendem Zeitdruck

Über ein Jahr hat der Westen mit Iran über die Stilllegung von dessen nuklearen Forschungsprogrammen verhandelt. Ohne Erfolg. Mit großer Geste ruft die Europäische Union jetzt den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Was soll dabei nur herauskommen? Iran ist die einzige Großmacht im Mittleren Osten und zudem einer der großen Rohstofflieferanten der Welt. Wer will ein solches Land in die Schranken weisen? Ein militärischer Schlag kommt nicht in Frage. Lediglich wirtschaftliche Sanktionen bieten eine Chance. Doch es hat

nicht den Anschein, daß der Westen sich wirklich klargemacht hat, was das für ihn bedeuten würde. Es geht ja nicht nur um die Einstellung von Exporten nach Iran. Viel wesentlicher ist, daß die so dringend auf Öl und Erdgas angewiesenen Industrieländer Iran auch keine Rohstoffe mehr abkaufen dürften. Das aber ist kaum vorstellbar, und die durchaus kühl kalkulierenden Machthaber in Teheran wissen das. Der durch die Globalisierung ausgelöste weltwirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre - insbesondere in China, Indien und den südostasiatischen Staaten - hat dazu geführt, daß die Nachfrage nach Rohstoffen zugenommen hat, wie es vor fünf Jahren noch niemand vorauszusagen gewagt hätte. Der Ölpreisschub und damit verbunden die Erhöhung der Gaspreise sind eine Folge dieser Entwicklung. In Deutschland haben die Gaspreise inzwischen ein Rekordniveau erreicht.

Doch erstaunlicherweise ist kaum ein Mensch darüber ernstlich besorgt. Bei der ersten Ölkrise Anfang der siebziger Jahre war das ganz anders. Damals ging es lediglich um einen Anstieg der Preise, nicht aber um einen gewachsenen Ansturm auf das Öl. Trotzdem war die Sorge, daß es zu Engpässen bei der Versorgung kommen könnte, so groß, daß vier autofreie Sonntage verordnet und neue Regelungen zur Bevorratung von Öl und Gas gefunden wurden. Heute glaubt niemand mehr, daß Energie je knapp werden könnte. Ja, viele meinen sogar, daß die hohen Preise nur vorübergehend seien und schon bald wieder sinken müßten. Die Bundesregierung selbst hält vorerst an dem alten Konzept der Vorgängerregierung fest, das den allmählichen Verzicht auf die Kernkraft festschreibt und sich viel von alternativen Energien verspricht.

Dabei hat sich die Situation in jüngster Zeit so sehr gewandelt, daß der Energiekonsens schneller veraltet erscheint, als selbst seine kühnsten Kritiker seinerzeit gemutmaßt hatten. Deutschland ist zwar nicht rohstoffarm. Es verfügt über reiche Kohlevorkommen, doch es bleibt dabei, daß diese nur technisch aufwendig und zu hohen Kosten abgebaut werden können. Wer jetzt wieder von der Bedeutung eines eigenen Energiesockels spricht, der übersieht, daß das im internationalen Wettbewerb stehende Deutschland sich die eigene Steinkohle auch in Zukunft nicht leisten kann. Vielmehr muß es auf so viele Energieträger von so vielen Lieferanten wie möglich setzen.

Noch vor zehn Jahren galt, daß Rußland nicht mehr als 30 Prozent zur deutschen Erdgasversorgung beitragen sollte, um nicht übermäßig in Abhängigkeit von Moskau zu geraten. Das Gleiche galt im übrigen für die norwegischen und niederländischen Gaslieferanten. Heute sind diese Vorsichtsmaßnahmen längst vergessen, und auch der jüngste Gasstreit zwischen Rußland und der Ukraine hat nicht zur Besorgnis beigetragen.

Es muß angesichts der Spannungen in der Welt in Deutschland nun darum gehen, eine größere Diversifizierung bei der Energieversorgung herzustellen. Beim Öl ist da nicht viel zu machen und bei der Kohle auch nicht. Doch beim Gas sollten wir bemüht sein, stärker auf andere Quellen - etwa auch im Kaukasus - zu setzen und darauf dringen, die nordafrikanischen Erdgasfelder besser und schneller an Europa anzubinden.

Bei den alternativen Energien wiederum sollte der Ausbau gestoppt werden, da diese sehr viel weniger bringen als sie kosten. Diese Kosten werden sich die Deutschen bald nicht mehr leisten können. Und bei der Atomkraft müssen alle Entscheidungen neu bedacht werden. Eine Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Kraftwerke ist das Mindeste, das angestrebt werden sollte. Bei einem Energiegipfel im Frühjahr will die große Koalition über diese Themen nachdenken. Sie sollte nicht soviel nachdenken, sondern lieber endlich handeln. Denn die Zeit drängt.

von Carl Graf Hohenthal

NRZ

Dienstag 17.01.2006

Steag und EnBW kommen sich näher

ESSEN/KARLSRUHE. Die Essener Steag AG und der Energieriese EnBW aus Karlsruhe wollen ihre Zusammenarbeit beim Bau und Betrieb von Kraftwerken intensivieren. Eine entsprechende Vereinbarung werde in dieser Woche unterzeichnet, teilten die Unternehmen mit. Sie solle 2007 konkretisiert werden.

"Unter anderem" seien 2 Projekte geplant - jeweils ein Kraftwerk von Steag und von EnBW. Die Standorte seien noch nicht festgelegt. Angedacht sei eine wechselseitige Beteiligung der Unternehmen an beiden Kraftwerken.

Erst vor wenigen Wochen waren die rund eineinhalbjährigen Verhandlungen zwischen der RAG-Tochter Steag und dem RWE-Konzern über den Aufbau einer neuen deutschen Energiesäule als gescheitert erklärt worden (die NRZ berichtete). Vor diesem Hintergrund messen Beobachter der stärkeren Annäherung von Steag und EnBW nun auch eine gewisse Signalwirkung in Richtung RWE zu. Der Essener Energieriese ist gegenwärtig der mit Abstand größte Steag-Kunde - rund 80% des von der Steag erzeugten Stroms fließen an den RWE-Konzern.

EnBW ist bereits gemeinsam mit der Steag Saar Energie AG im Saarland am Kraftwerk Bexbach beteiligt und bezieht auch Strom aus dem Kraftwerk, so die Unternehmen. (rth./NRZ)

Grüne informieren über Kraftwerkserweiterung

DINSLAKEN (RP) Die Dinslakener Grünen und die Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg Nord informieren am Samstag, 21. Januar, 10 bis 13 Uhr, auf der Neustraße und am Donnerstag, 26. Januar, 8 bis 12 Uhr, auf dem Hiesfelder Markt über die geplante Kraftwerkserweiterung der Steag in Walsum. Die Bürger werden über die Folgen aufgeklärt und über die Möglichkeit, sich gegen die Pläne zu wehren.

Energie: Kompetenzgerangel zwischen Glos und Gabriel

Wirtschaftsminister: Akzeptiere Nein zu längeren Atom-Laufzeiten nicht

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat die Führungsrolle seines Ressorts in der Energiepolitik betont und sich in zentralen Fragen von Umweltminister Sigmar Gabriel abgesetzt. "Energiepolitik ist in allererster Linie Wirtschaftspolitik," sagte der CSU-Politiker am Dienstag bei einer Energietagung in Berlin. Die Energiepolitik verfolge viele Ziele, dabei dürfe aber keines mehr Gewicht als ein anderes haben.

"Auch nicht der Klimaschutz." Der geplante Energiegipfel werde hauptsächlich von seinem Ressort vorbereitet, das Umweltministerium werde einen Beitrag leisten. Glos machte zudem erneut deutlich, dass er das Nein von Gabriel zu längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht einfach akzeptieren werde: "Ich meine die Diskussion über die Kernenergie schließt auch die Koalitionsvereinbarung nicht aus." Er deutete an, dass er trotz der im Koalitionsvertrag beschlossenen Beibehaltung des Gesetzes zur Förderung von Ökostrom an Änderungen denkt: "Wir müssen erneuerbare Energien weiter fördern, aber mit einem geschärften Blick für ihre Verfügbarkeit und ihre Wirtschaftlichkeit."

Die Zuständigkeit für die Energiepolitik ist zwischen dem Wirtschafts- und dem SPD-geführten Umweltministerium geteilt. Das Umweltressort ist für die Atomaufsicht, den Klimaschutz und den Ökostrom zuständig. Nach der Kabinettsklausur in Genshagen hatte es geheißt, der Energiegipfel werde von beiden Ressorts gemeinsam vorbereitet. Umweltminister Gabriel besteht unter anderem auf dem Atomausstieg, wonach das letzte deutsche AKW etwa um das Jahr 2020 abgeschaltet werden muss.

"Stütze für Standort"

Der SPD-Politiker hatte kürzlich betont, das Umweltressort sei auch ein Wirtschaftsministerium. Klimaschutz und effizienter Energieeinsatz seien eine Stütze für den Wirtschaftsstandort. Zugleich will Gabriel an der Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz festhalten. Glos machte deutlich: "Nationale Alleingänge werden nicht zugelassen, deutsche Sonderwege bringen uns nichts." Mit Blick auf Gabriel sagte er: "Ich will keinen Streit." Vor dem Hintergrund der Äußerungen des Umweltministers zu angeblichen Risiken älterer Atomkraftwerke in Deutschland, ergänzte er aber: "Jeder Minister muss auf seine Glaubwürdigkeit achten."

Glos dämpfte weiter allzu große Erwartungen an den von Kanzlerin Angela Merkel einberufenen Energiegipfel im April: "Der Gipfel muss nicht mit konkreten Beschlüssen enden." Der CSU-Politiker verlangte allerdings von den Energie-Unternehmen in Kürze verlässliche Zusagen über ihre Investitionen in neue Kraftwerke. Der Chef des Stromkonzerns Vattenfall Europe, Klaus Rauscher, entgegnete, die Pläne zumindest seines Unternehmens seien fertig. Allerdings müsse die Politik zunächst die Rahmenbedingungen etwa beim Emissionshandel setzen.

"Änderungen bei Emissionshandel"

Glos hatte angekündigt, beim Handel mit Rechten zum Ausstoß von Kohlendioxid werde es Änderungen geben. Die so genannten Windfall-Profits - also Mitnahmeeffekte - bei den Versorgern würden eingedämmt. Details ließ er offen. Die Unternehmen legen derzeit den Markt-Preis für Zertifikate im Abgas-Handel auf den Strompreis um. Die Zertifikate haben sie allerdings von der Bundesregierung zunächst kostenlos zugeteilt bekommen. In der nächsten Handelsperiode ab 2008, bei der erneut Zertifikate zugeteilt werden, solle dies geändert werden, machte Glos deutlich.

Vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise und der Frage der Versorgungssicherheit forderte Glos einen breiten Energiemix, der Ökostrom und Kernenergie einschließe. Auch die heimische Stein- und Braunkohle werde dabei eine Rolle spielen müssen. In diesem Zusammenhang unterstütze Glos auch den geplanten Börsengang des Energiekonzerns RAG unter dessen Dach wesentliche Teile der Steinkohleförderung zusammengefasst sind. "Die Klärungen sind in vollem Gange."

Derzeit werde etwa die Frage der Verwendung des Erlöses aus einem Börsengang geprüft. Erträge daraus sind dem Bund in Aussicht gestellt worden, im Gegenzug müsse dieser aber Pensionsverpflichtungen der Kumpel und Risiken aus dem Bergbau tragen.

Forschungslücke in NRW

DÜSSELDORF. NRW hinkt im Forschungsbereich zunehmend hinter anderen Bundesländern her. Vor allem Großunternehmen im Ruhrgebiet investieren zu wenig in Forschung. Außerdem hat NRW die Steinkohle zu lange hoch subventioniert. Das ist das Ergebnis einer Studie des Rheinischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), die Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) vorlegte. Während die öffentlichen und privaten Forschungsausgaben in NRW 2003 bei nur 1,8 Prozent des Bruttonettoprodukts (BIP) lagen, betragen sie in Baden-Württemberg vier und in Bayern drei Prozent - bundesweit 2,6 Prozent. Pinkwart kritisierte, dass in NRW 2003 mit 3,3 Milliarden Euro genau so viel öffentliche Mittel in die Steinkohle-Subvention geflossen seien wie in Forschung. Die neue Landesregierung werde deshalb „beherzt umsteuern“.

Pinkwart will NRW bis 2015 zum Innovationsland Nr.1 in Deutschland machen und die Forschungsausgaben von Staat und Wirtschaft auf drei Prozent des BIP erhöhen. Ideologische Blockaden - etwa bei den Zukunftstechnologien Bio- und Gentechnik - werde es nicht geben. Pinkwart kritisierte, dass viele Gentechnik-Firmen aus NRW abgewandert seien.

Das Essener RWI kommt in der Studie zum Schluss, dass NRW ohne Schließen der Forschungslücke weiter an Wohlstand, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit verlieren werde. Zwar haben Firmen in Ballungsräumen mit Unis wie Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen und Dortmund erhebliche Summen in Forschung investiert (1,7% des BIP), an der Ruhr investierte die Wirtschaft aber nur 0,5 Prozent.

„NRW hat es nicht geschafft, weg brechende durch neue Strukturen zu ersetzen“, bilanzierte RWI-Präsident Christoph Schmidt. Vor allem die in NRW beheimateten Großunternehmen forschten in zu geringem Maße. Dabei übertreffen die öffentlichen Forschungsinvestitionen sogar die in Bayern und Baden-Württemberg. NRW habe aber zu viele Mittel aus politischen Gründen mit der Gießkanne über das Land verteilt, statt die Forschung in Zukunftsbranchen gezielt zu fördern. „Es reicht nicht, mehr Geld auszugeben. Man muss auch das richtige fördern“, sagte Schmidt. Mit der Zahl der Patentanmeldungen liegt NRW um 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

VON WILFRIED GOEBELS

Süddeutsche

17.01.2006

Energie

"Ein längerer Einsatz der Kernenergie könnte uns entlasten"

Es ist paradox: Unablässig provoziert Wirtschaftsminister Glos mit seinem Plädoyer für längere Laufzeiten der Atomkraftwerke die SPD. Dann schiebt er immer einen Satz hinterher, er wolle keinen Streit. So auch heute.

Angesichts steigender Strom- und Gaspreise hat Wirtschaftsminister Michael Glos nochmals für die weitere Nutzung der Atomkraft geworben. Diese müsse beim Energiegipfel im April debattiert werden, sagte der CSU-Politiker am Dienstag in Berlin.

Auf sinkende Preise können Verbraucher wohl in keinem Fall hoffen: Der Energieversorger Vattenfall rechnete vor, dass das Niveau wegen zunehmend teurer Rohstoffe eher noch steige. Auch die Steuern und Abgaben auf Energie werden nicht gesenkt, wie Glos sagte.

Vattenfall-Chef befürchtet steigende Energie-Preise

Glos bekräftigte auf einer Energietagung des *Handelsblatts*, der russische-ukrainische Gasstreit habe die Notwendigkeit eines verlässlichen Energiemixes aus „Öl, Gas, Steinkohle, Braunkohle, Kernenergie und erneuerbaren Energien“ verdeutlicht. Auch mit dem Ziel, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien am Strommarkt auf 20 Prozent zu steigern, müssten ohne Atomkraft die übrigen 80 Prozent aus fossilen Energien wie Gas und Kohle gewonnen werden.

Daraus ergebe sich ein Preisrisiko. „Ein längerer Einsatz der Kernenergie in der Stromerzeugung könnte uns da vielleicht entlasten“, meinte Glos.

Auch der Chef von Vattenfall Europe, Klaus Rauscher, sagte weiter steigende Rohstoffpreise voraus: „Ich halte es deshalb für ausgeschlossen, dass wir langfristig gleich bleibende oder gar sinkende Preise für Energie in Deutschland und Europa sehen werden.“

Bei den 40 Prozent „Staatsanteilen“ im Strompreis sei aber noch Spielraum für Entlastung. Glos wies dies zurück. Für Änderungen gebe es keine Mehrheiten.

Die SPD lehnt eine Abkehr vom Atomausstieg kategorisch ab. SPD-Fraktionschef Peter Struck bekräftigte in Irsee das „entschiedene Nein“ seiner Fraktion zum Neubau von Atomkraftwerken. Sein Stellvertreter Ludwig Stiegler meinte erneut kategorisch: „Es bleibt beim Atomausstieg.“ Glos belaste mit „ständigen Störfeuern das Koalitionsklima“.

Glos sagte in Berlin, er wolle deswegen keinen Streit: „Ich will hier nicht den Ausstiegsbeschluss in Frage stellen, sondern nur die Fakten angesichts einer veränderten Lage klären.“ Die Zweifel der SPD an der Sicherheit der deutschen Atommeiler und an der langfristigen Versorgung mit Uran teile er nicht.

Windboom hält an

Glos sagte weiter, mögliche längere Laufzeiten entlasse die Energieversorger nicht aus der Verpflichtung, den fossilen Kraftwerkspark zu erneuern. Er erwarte beim Energiegipfel konkrete Zusagen, sagte Glos. Der Minister kündigte außerdem eine „nationale Energieeffizienz-Strategie“ an.

Auch bei der Förderung erneuerbarer Energien soll es bis 2007 Änderungen geben. „Wir müssen akribisch darauf achten, dass es keine Überförderung in einzelnen Bereichen gibt.“

Derzeit boomt die Windbranche noch kräftig. 2005 sei das „beste Windjahr, das es jemals gegeben hat“, erklärte die VDMA Power Systems. Weltweit wuchs der Markt um 23 Prozent. Der deutsche Inlandsmarkt legte immerhin um elf Prozent zu. Den Gesamtumsatz bezifferte die deutsche Branche mit 4,5 Milliarden Euro, wovon Exporte die Hälfte ausmachten.

Aus für langfristige Gas-Lieferverträge

Kartellamt stoppt Eon Ruhrgas

17. Januar 2006 Um den Wettbewerb anzuheizen und die Gaspreise zu drücken, hat das Bundeskartellamt dem Marktführer Eon Ruhrgas die bislang üblichen langfristigen Lieferverträge untersagt. Dies teilte Kartellamtschef Ulf Böge am Dienstag in Berlin mit.

Ob Verbraucher tatsächlich auf sinkende Gas- und Strompreise hoffen dürfen, ist allerdings fraglich. Energieversorger rechnen eher noch mit Steigerungen. Wirtschaftsminister Michael Glos warb für eine längere Nutzung der Kernkraft, um das Preisrisiko zu begrenzen. Nach der Entscheidung des Kartellamts im Musterverfahren gegen Eon Ruhrgas sind die bislang üblichen langfristigen Lieferverträge hinfällig, mit denen die deutschen Gasimporteure Hunderte von Stadtwerken und Regionalversorgern auf bis zu 25 Jahre an sich gebunden haben. Sie hätten „eine marktabschottende und damit preiserhöhende Wirkung“, rügte Böge. Denn sie verhinderten, daß neue Wettbewerber auf dem deutschen Markt Fuß faßten.

„Druck auf die Preise“

Böge sagte, nun sei deutlich mehr Wettbewerb und in der Folge auch „Druck auf die Preise“ nach unten zu erwarten. Stadtwerke könnten sich ihre Lieferanten künftig nach dem günstigsten Preis auswählen. Dieser Vorteil müsse an den Endverbraucher weiter gegeben werden. In der sofort vollziehbaren Entscheidung wird Eon verpflichtet, bis zum 30. September alle langfristigen Lieferverträge mit Stadtwerken und Regionalversorgern „abzustellen“, bei denen Ruhrgas mehr als 80 Prozent des Bedarfs deckt. Derartige Verträge dürfen künftig nach dem Willen des Bundeskartellamtes nur noch eine Laufzeit von maximal zwei Jahren haben.

Eon Ruhrgas hatte bereits vorab angekündigt, gegen ein Verbot der Langfristverträge juristisch vorzugehen. Dies bekräftigte Vorstandschef Burckhard Bergmann am Dienstag. Die Entscheidung berge erhebliche Risiken für sein Unternehmen. Denn die langfristigen Bezugspflichten aus dem Ausland blieben, während auf der Absatzseite seien nur noch kurzfristige Verträge möglich seien. Die Hoffnung auf Preissenkungen dämpfte Bergmann: „In der Frage der preislichen Konsequenzen traue ich mir kein Urteil zu.“

Preisrisiken wegen teurer Rohstoffe

Auch wenn mehr Wettbewerb den Markt in Bewegung bringt, rechnen Wirtschaftsminister Michael Glos und die großen Energieversorger wegen der steigenden Rohstoffpreise mit Preisrisiken. Der Chef von Vattenfall Europe, Klaus Rauscher, sagte: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir langfristig gleich bleibende oder gar sinkende Preise für Energie in Deutschland und Europa sehen werden.“ Er forderte die Senkung von Steuern und Abgaben, die inzwischen 40 Prozent des Strompreises ausmachen.

Glos meinte allerdings, dafür gebe es keine Mehrheiten. Sein Rezept zur Minimierung des Preisrisikos sind länger Atomlaufzeiten. „Ein längerer Einsatz der Kernenergie in der Stromerzeugung könnte uns da vielleicht entlasten“, meinte Glos. Nötig sei in Deutschland ein verlässlicher Energiemix aus „Öl, Gas, Steinkohle, Braunkohle, Kernenergie und erneuerbaren Energien“. Angesichts der kategorischen Ablehnung, die der Koalitionspartner SPD noch einmal bekräftigte, sagte Glos, er wolle keinen Streit: „Ich will hier nicht den Ausstiegsbeschuß in Frage stellen, sondern nur die Fakten angesichts einer veränderten Lage klären.“ Die Zweifel der SPD an der Sicherheit der deutschen Atommeiler und an der langfristigen Versorgung mit Uran teile er nicht. Die Explosion der Energiekosten treibt unterdessen die Lebenshaltungskosten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verteuerte sich allein Heizöl um 32 Prozent.

Wechsel des Gasversorgers bald möglich?

Erdgaskunden werden nach Einschätzung des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, möglicherweise noch in diesem Jahr ihren Gasversorger frei wählen und zwischen ihnen wechseln können. „Das wird im Laufe dieses Jahres implementiert werden“, sagte Kurth bei einer Energie-Tagung am Dienstag in Berlin. Zunächst werde die Liberalisierung zwar für Großhändler gelten, später dann aber auch für die privaten Kunden. Er könne sich vorstellen, und Anzeigenkampagnen der Branche deuteten darauf hin, daß ein Wechsel von Privathaushalten schon im Oktober möglich sein werde. Er sei auch zuversichtlich, daß hier bis zum 1. Februar zwischen den betroffenen Seiten Einigkeit erzielt werde. Noch aber gebe es drei oder vier offene Fragen, die bis Februar aber gelöst sein sollten. Zum Aufgabengebiet der Bundesnetzagentur gehört nach dem neuen Energiewirtschaftsrecht auch die Gaswirtschaft. Die Betreiber von Gasversorgungsnetzen sind vom 1. Februar an verpflichtet, einen erleichterten Zugang zu ihren Netzen zu gewähren.

Die Bundesnetzagentur wird nach den Worten ihres Präsidenten zudem bis Ende Januar erste Ergebnisse ihrer Prüfung der von zahlreichen von Stromunternehmen beantragten Preiserhöhungen vorlegen. Mit Blick auf die Diskussion um die hohen Energiepreise räumte Kurth ein, das Vertrauen der Verbraucher in die „Richtigkeit“ der Energiepreise sei nachhaltig gestört. Dieses Vertrauen könne nur durch Offenlegung der Netzkosten gegenüber der Bundesnetzagentur zurückgewonnen werden.

Energie wird nicht mehr billig

INTERVIEW Dr. Thomas Götz, Geschäftsführer der Stadtwerke Dinslaken, zur Initiative des Bundeskartellamtes, langfristige Lieferverträge zwischen den großen Gaskonzernen und den kommunalen Versorgern zu verbieten.

Das Bundeskartellamt will für mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt sorgen. Langfristige Verträge von bis zu 20 Jahren Dauer zwischen Gaslieferanten und Stadtwerken sind den Wettbewerbshütern ein Dorn im Auge und soll es deshalb nicht mehr geben. Solche bereits bestehenden Verträge müssen aus Sicht des Kartellamtes geändert werden. Dagegen wehrt sich Ruhrgas. Heinz Schild sprach mit Dr. Thomas Götz, Geschäftsführer der Stadtwerke, Dinslaken über die Initiative des Kartellamtes, die zu sinkenden Preisen führen soll.

Herr Dr. Götz, gehören die Dinslakener Stadtwerke zu den Ruhrgas-Kunden, die mit langfristigen Verträgen über Jahre und Jahrzehnte an diesen Lieferanten gebunden sind?

Dr. Götz Nein, als ehemalige Abnehmer von Thyssengas bekommen wir unser Gas von der RWE Rhein-Ruhr Energie AG geliefert.

Aber dennoch sind auch die Stadtwerke sicherlich von dem Vorstoß des Bundeskartellamtes betroffen.

Dr. Götz Die Initiative ist wegweisend für die gesamte Branche, wengleich wir nicht so stark betroffen sind, wie andere Versorger, die langfristige Verträge abgeschlossen haben. Auch wir hatten Bezugsverträge, deren Dauer bis ins nächste Jahrzehnt hineinreichte. Auf dem Verhandlungsweg ist es uns aber gelungen, sie bis 1. Oktober 2008 zu verkürzen. Zudem haben wir ein Sonderkündigungsrecht, das es uns ermöglicht, ein Jahr früher, also zum 1. Oktober 2007 in Verhandlungen neue Preise und Konditionen zu erzielen, was möglicherweise auch einen Wechsel des Anbieters bedeuten könnte.

Wenn das Bundeskartellamt mit seiner Initiative erfolgreich sein sollte und damit langfristige Lieferverträge unmöglich macht, kann dies zu sinkenden Preisen auf dem Gasmarkt führen?

Dr. Götz Ich erwarte nicht, dass wir kurzfristig zu fallenden Preisen kommen. Wir, haben es auf der Gasseite nur mit wenigen Anbietern zu tun. Warum sollten sie dazu beitragen, dass die Gaspreise nachhaltig fallen? Schauen wir uns den Stromsektor an, da haben wir viele Anbieter, voll liberalisierte Netze - und die Preise gehen trotzdem nicht runter. Natürlich wäre es schön, wenn es beim Gas so viel Wettbewerb gäbe, dass auch unsere Kunden davon profitieren könnten.

Aber ich bin da nicht euphorisch. Der erhoffte Effekt, sinkende Preise, kommt bei wenigen Anbietern meistens nicht zustande.

Was bringt den Stadtwerken dann die Initiative des Kartellamtes?

Dr. Götz Die Initiative ist grundsätzlich gut. Wird die Verfügung des Kartellamtes rechtskräftig, steht es den Versorgern frei, in kürzerfristigen Abständen bei vielen Anbietern einzukaufen. Allerdings darf man keine Wunder erwarten. Die Hoffnung, dass es dann auch günstige Anbieter gibt, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Preise - auch angesichts der Energieverknappung auf dem Weltmarkt - tendenziell steigen. Energie wird langfristig nicht mehr billig werden. Man kann nur versuchen, den günstigsten Anbieter zu finden.

Könnten die Preise dennoch für Ihre Kunden sinken?

Dr. Götz... wenn wir einen Anbieter finden, der uns das Gas günstiger verkaufen würde. Als kommunaler Versorger ist unsere Preispolitik eine Kombination aus vernünftigen Einkauf und Bürgerfreundlichkeit.

INFO Gasversorgung In Dinslaken wurde früh auf Gas gesetzt. Das erste Gaswerk wurde 1903 errichtet. Gegenwärtig werden mehr als ein Drittel der Gebäude in der Stadt mit Gas beheizt. Die Stadtwerke haben annähernd 9000 Gaszähler zur Erfassung des Verbrauchs installiert. Die jährliche Gasabgabe liegt bei rund 275 Millionen Kilowattstunden.

POLITIK

Die Energie-Selbstversorger

Erst war es der Essener RWE-Konzern, der Mandatsträger großzügig behandelte, jetzt ist es Eon Ruhrgas: Die Landschaftspflege gehört offenbar immer noch zu normalen Geschäftsgepflogenheiten großer Konzerne.

VON THOMAS WELS

DÜSSELDORF So eine Landschaft, schön tief verwurzelt im saftigen Boden, die braucht gute Pflege. Landschaftspflege eben. Der Begriff hat's dank Eberhard von Brauchitsch und den Millionen von Herrn Flick ins Wörterbuch politischer Unkultur gebracht - und in den großen, mächtigen Konzernen unter anderem Namen zu ganzen Abteilungen, die sich um Kontaktpflege kümmern.

Gerade mal ein Jahr ist es her, da wurde das Geschäftsgebaren in Sachen Einflussnahme ruchbar. RWE, der Essener Energiekonzern, der traditionell aufs Engste mit den Kommunen verflochten ist, bezahlte den Landtagsabgeordneten Hermann-Josef Arentz (CDU). Der hatte eine Anstellung bei der RWE-Braunkohletochter Rheinbraun, die Tätigkeit allerdings, für die er 60 000 Euro im Jahr erhielt, war äußerst unklar. Der Vorgang führte nicht nur zum Rücktritt von Hermann-Josef Arentz, der in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) auch die Interessen der CDU-Arbeitnehmer zu vertreten hatte, sondern auch zum kompetentem Aufstieg eines neuen Begriffs: beschäftigungsloses Einkommen.

„Das ist Korruption“

Dem fiel später auch der Generalsekretär der Union, Laurenz Meyer, zum Opfer, der ebenfalls eine Anstellung bei RWE mit unklarem Tätigkeitsprofil hatte. Die Erschütterungen gingen tief in die Partei hinein. „Was ich mache, ist Arbeit - was du machst, ist Korruption“, soll Friedrich Merz Arentz auf dem CDU-Parteitag angefahren haben.

Landschaftspflege überall. Bei Volkswagen heißt die entsprechende Abteilung „Regierungskontakte“, geleitet von Reinhold Kopp. Kopp sammelte seine politische Erfahrung als Chef der Staatskanzlei des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine. Bei VW waren SPD-Landtagsabgeordnete von Gehaltszahlungen betroffen.

RWE, VW und jetzt Eon Ruhrgas: Es ist wohl kein Zufall, dass es gerade die staatsnahen Unternehmen sind, die sich auf dem sumpfigen Boden bewegen. Der Essener RWE-Konzern ist zu einem knappen Drittel in Hand von kommunalen Aktionären. Man arbeitet zusammen, man isst zusammen, gute Verbindungen sind viel Wert. Wo hört Information auf, wo beginnt die Landschaftspflege?

Im Verband der kommunalen Aktionäre sitzen die Vertreter der Kommunen, die ihre Interessen bündeln. Das ist ihr gutes Recht. Was aber ist mit den Regionalräten, in denen RWE seine Interessen in den Städten zum Thema macht und in denen die etwa 100 Vertreter der Kommunen mit attraktiven Sitzungsgeldern bedient werden. Rund 6000 Euro im Jahr - eine Summe gerade unterhalb der Grenze der Nebentätigkeitsverordnung.

Immerhin: RWE hat nach einiger Anlaufzeit reagiert und einen Ehrenkodex erlassen, der den Umgang mit Mandatsträgern regelt. „Umso mehr wundert es mich, wenn es jetzt Eon trifft“, sagte der Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, Jürgen Kurz. Dabei hat Eon nach eigenen, früheren Angaben einen solchen Kodex, der etwa regelt, welche Geschenke angenommen und welche vergeben werden dürfen.

Was ist mit dem 3-Sterne-Abendessen in Schloss Lerbach, der mehrtägigen Fahrt nach Barcelona oder ins Elsass? Stadtwerke-Aufsichtsräte als gute Kunden, die eben auch Mandatsträger sind und das Beste für ihr Stadtwerk wollen? Was Eon Ruhrgas will, liegt auf der Hand. Gute Verbindung, gute Stimmung, gute Geschäfte. Vor dem Hintergrund der Gaspreis-Debatte bilden die Reisen ein explosives Gemisch.

INFO Anti-Korruption in NRW Sollte bei „Lustreisen“ von Politikern der Verdacht von Korruption aufkommen, wäre dies laut NRW-Innenministeriums ein Fall für den Staatsanwalt.

Die Organisation „Transparency International“ meint, dass Politiker auf diese Weise „chloroformiert“ werden könnten, um bestimmte Entscheidungen zu treffen. Die Kommunen seien immerhin der größte Auftraggeber bei der Daseinsvorsorge (z.B. Energie).

Das im März 2005 in NRW in Kraft getretene Anti-Korruptionsgesetz bestimmt u.a., dass Ratsmitglieder (auch sachkundige Bürger) Beruf und Beraterverträge sowie Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anzugeben haben.

EnBW profitiert erstmals von Yello

Die Öffnung der Stromnetze ändert die Vorzeichen in der Branche. Die jahrelang Verluste schreibende Strommarke Yello bringt dem baden-württembergischen Energiekonzern EnBW nach eigenen Angaben erstmals Vorteile.

„Für EnBW wirkt Yello wie ein Sicherungsgeschäft gegenüber der Entwicklung der Durchleitungsentgelte“, sagte EnBW-Chef Utz Claassen in einem Gespräch mit der FT. Die Tochter arbeitet ohne eigenes Stromnetz und profitiert damit von der zu erwartenden Senkung der Netzgebühren durch die Bonner Bundesnetzagentur.

In der ersten Phase der Energiemarktliberalisierung nach 1998 hatten alle großen Energiekonzerne überregionale Strommarken kreiert - und bald darauf wieder eingestampft, etwa Mix it von Eon oder Avanza von RWE. Hohe Durchleitungsentgelte der konkurrierenden Netzbetreiber machten das Geschäft unwirtschaftlich. Übrig blieben einige kleinere Nischenanbieter für Ökostrom - und Yello.

Yello orientiert sich an regionalen Marktführern

Auch der Rivale Yello fuhr in den ersten Jahren mehrere Hundert Millionen Euro Verluste ein. Manager Claassen änderte nach seinem Amtsantritt die Strategie. Als inzwischen wertvolle Marke blieb Yello erhalten, die EnBW-Tochter tritt jedoch nicht mehr als Preisbrecher auf. Vielmehr orientiert sich Yello an den jeweiligen regionalen Marktführern. „Wir haben Yello aus eigener Kraft saniert, unter anderem, indem wir uns regionalen Preisstrukturen angepasst haben“, sagte Claassen. Die beginnende Regulierung der Energienetze nutzt besonders Yello als dem einzigen verbliebenen überregionalen Massenanbieter. Die Bundesnetzagentur will die Gebühren für die Stromdurchleitung senken.

"Yello hat im vergangenen Jahr 100.000 Kunden hinzugewonnen", so Claassen. Die Gesamtzahl der Kunden liege damit bei mehr als einer Million und solle weiter steigen. "Der Vertriebsvorstand hat zwei Millionen Kunden als Ziel benannt", sagte der Vorstandschef. Er geht jetzt von einer effektiven Netzregulierung durch Chefregulierer Matthias Kurth aus: "Der Regulierer muss seine Aufgabe mit hoher Methodenintegrität angehen. Wie ich Herrn Kurth kennen gelernt habe, wird er das tun."

Der - am Absatz gemessen - mit fünf Millionen Energiekunden drittgrößte Stromversorgungskonzern Deutschlands steht unter Druck, ausreichend Kraftwerkskapazität bereitzustellen. "Wir sind in der erfreulichen Lage, dass unsere Vermarktungskraft sogar größer ist als die Kraftwerkskapazität", gestand Claassen zu. Kürzlich geschlossene Vereinbarungen über gemeinsame Steinkohlekraftwerksprojekte mit Steag, Kraftwerkstochter des RAG-Konzerns, hätten Modellcharakter. "Aus der strategischen Kooperation mit Steag ergeben sich höchst interessante Perspektiven", deutete Utz Claassen eine mögliche Ausweitung der Kooperation an.

Kernkraftwerke für eine wirkliche Energiewende

Der EnBW-Vorstandschef sprach sich für längere Laufzeiten von Kernkraftwerken aus. Der Ausstiegsbeschluss müsse "modernisiert" werden. "Eine Laufzeitverlängerung ist ein Schritt für erneuerbare Energie. Sie würde ein Zeitfenster, ein Geldfenster und ein Forschungs- und Kompetenzfenster für eine wirkliche Energiewende öffnen", sagte Claassen. Liefen die Atommeiler dagegen wie geplant in den nächsten rund 20 Jahren aus, sei ein Ersatz größtenteils durch Kohle- und Gaskraftwerke erforderlich. Denn so rasch könnten regenerative Quellen und Einsparungen die Lücke nicht füllen. "Wer auf den Ausstieg wie vereinbart pocht, schreibt eine fossile Erzeugungsstruktur auf lange Zeit fest", sagte der EnBW-Chef.

Die Energiewirtschaft solle die wirtschaftlichen Vorteile einer verlängerten Laufzeit in einen hoch dotierten Fonds geben, der sich etwa mit Fragen der Energiespeicherung befasst. Damit könne eine Kernfrage einer Energiestruktur auf der Basis erneuerbarer Energien angegangen werden. "Mir ist lieber, wir investieren Millionen in solche Zukunftstechnologien, als dass wir Investitionen von Zahnärzten und anderen respektablen Bürgern in Windräder mit Millionen subventionieren", meinte Claassen.

von Michael Gassmann, Berlin

25% Strom aus erneuerbaren Energien

Berlin. Strom aus erneuerbaren Energien kann im Jahr 2020 bereits zu einem Viertel zur deutschen Stromversorgung beitragen und 110 Mio Tonnen an klimaschädlichem Kohlendioxid einsparen. Das sei mehr als doppelt so viel wie heute, stellt eine Studie fest, die Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) vorstellte. Bisher geht die Regierung für das Jahr 2020 nur von einer Verdoppelung des heutigen Strom- Produktionsanteils der „Erneuerbaren“ wie Wind und Wasserkraft auf 20% aus. Einem Festhalten an der Nutzung von Atomenergie erteilte Gabriel eine klare Absage, dpa

Warnung vor zu viel Gas aus Russland

Energieagentur fordert neue Versorgungswege

Berlin. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat Europa vor einer einseitigen Abhängigkeit von Russland bei der Gasversorgung gewarnt. IEA-Chefvolkswirt Faith Birol sagte am Donnerstag in Berlin, seine Organisation veranschlage die Importabhängigkeit Europas beim Erdgas derzeit auf 40 Prozent. Sie werde sich nach derzeitigen Prognosen in 25 Jahren auf 80 Prozent verdoppeln. „Und das ist inakzeptabler Trend“, sagte er. Es gehe vor allem um die massive Abhängigkeit von Russland.

Birol forderte Europa auf, diesen Trend entgegenzuwirken: Strom müsse sehr viel effizienter genutzt werden und der Gasbezug dürfe sich nicht so massiv auf Russland konzentrieren. Das allerdings ist kompliziert, denn Gas ist weltweit sehr knapp und die Kunden stehen bei den wenigen Produzenten Schlange. Zudem müssten alternative Energien stärker genutzt werden, so Birol. Dazu zählt er ausdrücklich neben den erneuerbaren Energie auch die Atomkraft. rtr

Schornsteinfeger auf Glückssuche

Kaminkehrer fürchten freien Wettbewerb und suchen im "Schwatten" Regierungspräsidenten einen Verbündeten.

Helmut Diegel spricht auch über Subventionsabbau bei der Kohle und Kürzungen bei Regenerativen Energien Sie gelten als Glücksbringer, tragen aber selbst Zukunftsängste mit sich herum: 110 Schornsteinfeger wünschen am Donnerstag ihrer Aufsichtsbehörde ein gutes 2006. Beim Besuch der Bezirksregierung im ehemaligen Oberbergamt (Goebenstraße) haben die Männer in Schwarz auch Sorgen und Wünsche im Gepäck.

Voraussichtlich Ende des Jahres soll entschieden werden, ob das Bezirksschornsteinfegerprinzip - Zuteilung eines festen Kehrbezirks - erhalten oder auch bei den Kaminkehrern der freie Wettbewerb eröffnet wird. Kommt es auf EU-Druck zur Niederlassungsfreiheit, sieht Innungssprecher Hans-Jürgen Gesting die Neutralität und

Unabhängigkeit der Schornsteinfeger als "Brand-, Umweltschützer und Energieerzieher" im Auftrag des Staates in Gefahr.

"Da sollten wir Schwatten zusammenhalten", suchen sie in Regierungspräsident Helmut Diegel einen Verbündeten - erstmals seit Jahrzehnten ist ein Christdemokrat "ihr" Behördenchef. Der nimmt die Botschaft auf, freut sich, so viele Schornsteinfeger auf einmal zu sehen, bedankt sich, dass die Innung für 2006 keinen Antrag auf Gebührenerhöhung gestellt hat, und wird von Landesinnungsmeister Hans-Günter Nellen noch mit dem ersten Karnevalsorden der "Schwazze Käals" aus Köln geehrt.

Bei Bergbau und Energie hat der Arnsberger Regierungspräsident - da war er beim Amtsantritt vor sechs Monaten selbst "mehr als überrascht" - eine NRW-weite Zuständigkeit. Deshalb hebt Diegel vor Journalisten die Bedeutung des Bergbaus für Nordrhein-Westfalen hervor ("100 Millionen Tonnen Braunkohle werden im Rheinland völlig subventionsfrei gefördert"), wiederholt die Ankündigung der Landesregierung, dass bis 2010 bei der Steinkohle 750 Mio Euro Subventionen "sozialverträglich" eingespart werden müssen, und spricht auch von Regenerativen Energien - Solaranlagen, Fotovoltaik, Wärmerückgewinnung, Biogas. Rund 1000 Projekte wurden 2005 mit rund 6,3 Mio Euro gefördert. Zuständig sind 17 Mitarbeiter im Landesbehördenhaus an der Ruhrallee. Doch auch diese Förderung wird gekappt. Mindestens um 20 Prozent, sagt Diegel auf WAZ-Nachfrage. "Ich hoffe, dass es zu keinem Kahlschlag kommen wird." cm

Rheinische Post Dinslaken-Voerde-Hünxe Samstag 21.01.2006

UNSERE WOCHE

Proteste, Proteste

VON JÖRG WERNER

Die Region braucht Arbeitsplätze. Dringend. Das ist keine Frage. Die Frage ist nur: Zu welchem Preis? Und da waren in dieser Woche gleich zwei Vorhaben, die Arbeitsplätze bringen sollen, heftig in der Diskussion.

In Voerde informierte der Investor über das Kreislaufwirtschaftszentrum, das er in Bucholtswelmen bauen will - und sah sich heftigen Bürgerprotesten ausgesetzt. Das ganze Vorhaben macht mittlerweile in der Tat einen windigen Eindruck. Was im Übrigen ja schon mit dem Namen beginnt. Was so schönrednerisch als Kreislaufwirtschaftszentrum daherkommt, ist für seine Kritiker nichts anderes als ein gigantischer Haufen Müllverbrennungsanlagen mit unkalkulierbaren Risiken für die Umwelt und die Menschen. Den wollen sie nicht, und so wie's aussieht, könnte es gut sein, dass das Projekt sich alsbald als das erweist, was es - und dafür verdichten sich die Indizien - inzwischen zu sein scheint: eine einzige große Seifenblase, die man möglichst schnell zum Platzen bringen sollte.

Anders verhält es sich da schon mit den Plänen der Steag, die in Walsum ein neues Kraftwerk bauen will. Das Energieunternehmen unter dem Dach der RAG weiß - und das unterscheidet es von dem Investor in Hünxe - ganz genau, was es will. Sein Vorhaben ist ganz konkret. Und es schafft und erhält Arbeitsplätze. Dennoch ist der Protest groß, stoßen die Steag-Pläne auf erheblichen Widerstand - nicht in der örtlichen Politik, aber bei vielen Bürgern. Und wie reagiert das Unternehmen? Bis jetzt jedenfalls kann man nicht wirklich den Eindruck haben, dass es sich ernsthaft mit den Sorgen der Menschen auseinandersetzt. Stattdessen antwortet es mit den immer gleichen Beschwichtigungsformeln: modernste Technik, keine Belastungen für die Anwohner und so weiter und so fort.

Komisch, die Attitüde, mit der die Steag in dieser Diskussion daherkommt, kennen die Leute hier nur allzu gut. Von einer anderen RAG-Tochter - der Deutschen Steinkohle. Offenbar hat man in dem großen Essener Konzern aus der Auseinandersetzung um den Kohleabbau des Walsumer Schachtes nicht so arg viel gelernt. Schade drum, weil's misstrauisch macht und die sachliche Diskussion mächtig erschwert.

Eines freilich ist auch klar. Nur im Tourismus oder im Dienstleistungssektor werden die benötigten Arbeitsplätze nicht entstehen. Die Region hat eine Tradition als Industrie- und Produktionsstandort. Das hat - neben den vielen Vorteilen - immer schon auch Belastungen für Mensch und Umwelt mit sich gebracht. Das wird wohl auch so bleiben.

Darüber aber muss man offen reden. Nur dann können die Menschen entscheiden, ob sie den Preis, den die Schaffung von Arbeitsplätzen in einigen Fällen kostet, zu zahlen bereit sind. Bislang sind sie es beim Kraftwerksneubau offenbar nicht.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende.

F.A.Z. 21.01.2006

Energie

Wettlauf um neue Kraftwerke in Deutschland

20. Januar 2006 Fast Woche für Woche werden in jüngerer Zeit Pläne zum Neubau von Kraftwerke veröffentlicht. Wegen der Befürchtung veränderter Rahmenbedingungen ist ein Wettlauf zwischen den etablierten großen Stromproduzenten, den Stadtwerken und neuen Investoren entbrannt.

Geplant sind fast 24.000 Megawatt elektrische Leistung, ergibt eine Zusammenstellung dieser Zeitung. Das ist deutlich mehr als die Hälfte des in der Elektrizitätsbranche bis zum Jahr 2020 auf 40.000 Megawatt bezifferten Bedarfs zur Erneuerung des in die Jahre gekommenen Kraftwerksparks.

Das sind gute Signale für den Verbraucher. Eigentlich spricht einiges für weiterhin steigende Strompreise. Zwar besteht durch die Vorstöße der neuen Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamt in Sachen Durchleitungsentgelte und Einpreisung kostenloser Emissionszertifikate die Aussicht auf gewisse Preiskorrekturen. Aber das von globaler Nachfrage beeinflusste Energiepreisniveau dürfte Importkohle und Erdgas tendenziell weiter verteuern. Solange das Stromangebot in Deutschland knapp bleibt, müssen vor allem die Stromproduzenten keinen besonderen Margendruck fürchten.

Älter werdende Kraftwerke

Aber genau diese Sorge ist neuerdings unter den großen Stromproduzenten zu fühlen. So bezeichnet Jan Zilius, der bei RWE für die Stromerzeugung zuständige Vorstand, das Interesse neuer Marktteilnehmer am Kraftwerksbau vor allem als Beleg für den funktionierenden Wettbewerb. „Allerdings ist es unwahrscheinlich, daß alle angekündigten Projekte auch realisiert werden“, wiegelt der für das aufwendigste Neubauprogramm in Deutschland zuständige RWE Power-Chef ab.

Richtig ist, daß die deutsche Landkarte von Neubauprojekten noch eine Reihe vager Vorhaben enthält. So sind die Kölner Rheinenergie und Stadtwerke noch in der Phase der Bedarfsanalyse und in der Standortfrage unentschieden. Das gilt auch für das im Herbst von den Stadtwerken Bochum angekündigte Trianel-Steinkohlekraftwerk. Aber nach Angaben von Trianel-Vorstand Sven Becker, ist die wichtigste offene Frage eigentlich der beste Standort.

Jahrelang ist in Deutschland angesichts der immer älter werdenden Kraftwerke nur über den immer dringender werdenden Neubaubedarf gesprochen worden. Aber bisher hieß es immer, die energiepolitischen Rahmenbedingungen seien für solch langfristige Investitionen noch zu unsicher. Die Abwahl der rot-grünen Bundesregierung im Herbst hat daran wenig geändert. Denn die große Koalition muß sich zu einer gemeinsamen Energiepolitik erst zusammenraufen.

„Anlage bis 2012 ans Netz bringen“

Aber mehrere betriebswirtschaftliche Faktoren setzen die Stromproduzenten unter Handlungsdruck. Dabei spielt die Zeit die größte Rolle. Angesichts der Erdgas-Verteuerung freuen sich Kraftwerksbetreiber, daß sie ihre Anlagen gerade in Betrieb genommen oder zu bauen begonnen haben. Auch droht denen, die zögern nach Lage der Dinge eine Verteuerung der Investition durch mittelfristig wahrscheinlich steigende Zinsen oder durch wachsende Anlagenkosten, wenn sich bei den nur noch wenigen Kraftwerksanlagenbauern wie Siemens, General Electric, Mitsubishi oder Alstom die Aufträge häufen.

„Wer sich ernsthaft mit neuer Kraftwerkskapazität befaßt, der sollte seine Anlage tunlichst bis 2012 ans Netz bringen“, unterstreicht auch Rheinenergie-Vorstand Bernhard Witschen. Denn 2012 läuft die zweite Stufe des Nationalen Allokationsplans (NAP) ab. Während nach Ansicht von Steag-Chef Alfrad Tacke für die Betreiber neuer Kraftwerk gute Aussichten bestehen, daß die Bundesregierung im Sommer die Spielregel für die nach 2008 entstehenden Anlagen nicht wesentlich verändern wird, ist unklar, wie Emissionsrechte nach 2012 zugeteilt werden.

Seit der Strommarktliberalisierung hat sich die Wertschöpfung auf den Stufen Produktion, Großhandel, Netze, Einzelhandel, stark in Richtung Erzeugung verschoben. Anfangs waren die Stadtwerke die Gewinner der Marktöffnung. Sie konnten den Produzenten um etwa ein Drittel niedrigere Lieferpreise abringen. Aber bald haben größten Stromproduzenten durch Kapazitätsabbau den Markt erheblich verengt. Allein die beiden Marktführer RWE und Eon haben zusammen annähernd 10.000 Megawatt aus dem Markt genommen. „Bei den stark anziehenden Preisen an der Strombörse denken immer mehr Stadtwerke über eine stärker vertikale Aufstellung mit eigener Produktion nach“, erklärt Trianel-Vorstand Becker das neu erwachte Interesse an Kraftwerksinvestitionen.

Weltmeister beim Betrieb von Windrädern

Zusätzlich drängen weitere andere Investoren in die Stromproduktion. Die RAG-Tochtergesellschaft Steag, die bislang mit ihren Kraftwerken an Ruhr und Saar für eine Handvoll Kunden auf Zuruf produziert, ist angetreten, will künftig stärker als unabhängiger Kraftwerksbetreiber auftreten. Nachdem lange Verhandlungen über eine Strompartnerschaft mit dem Hauptkunden RWE, der bislang 80 Prozent des Steag-Stromes erhält, gescheitert sind, hat Steag in der EnBW in Karlsruhe den ersten Partner für Neubauten gefunden. Aber auch Ausländer wie die skandinavischen Energieunternehmen Statkraft und Fortum wollen als Produzenten und Händler die Gunst der hohen Strompreise nutzen.

Schließlich darf auch der Einfluß der Windkraft nicht unterschätzt werden. Bereits jetzt ist Deutschland mit etwa 17.000 Megawatt Weltmeister beim Betrieb von Windrädern. Zwar ist die vom Wind abhängige Effizienz dieser Anlagen recht gering. Aber die Windbranche bereitet mit politischer Unterstützung in der Nord- und Ostsee große Projekte mit jeweils einigen hundert Megawatt Leistung vor. Die dabei auftretenden technischen Schwierigkeiten sind gewiß zu beheben. Unklar ist jedoch noch, ob solche aufwendigen Offshore-Großprojekte dann mit den gewährten Einspeisungsvergütungen auch rentabel sein werden.

Dämpfender Einfluß auf die Strompreise

„Im Augenblick herrscht bei den Investoren Goldgräberstimmung, und in den nächsten beiden Jahren wird viel passieren“, gab sich der Vorstand eines Versorgungsunternehmens gewiß. Diese Aufbruchstimmung setzt die vier großen Produzenten - neben RWE und Eon auch Vattenfall und EnBW - unter Druck. So räumt Zilius ein: „Klar ist, daß jede zusätzliche Kapazität tendenziell dämpfenden Einfluß auf die Strompreise hat.“ Da das Quartett mit derzeit 80 Prozent Kapazitätsanteil bei einem Druck auf die Erzeugerpreise am meisten zu verlieren hätten, müßte es auch am stärksten an Mengendisziplin interessiert sein.

Aber noch stärker ist offensichtlich das Interesse, nicht zu viele Marktanteile zu verlieren. Sie planen alle recht konkret selbst eigene Neubauten. RWE bekräftigt, daß es bei den für die kommenden 15 Jahre vorgesehenen 12 Milliarden Euro Investitionen in den Erzeugungsbereich keine Abstriche geben werde. Offensichtlich setzen die Marktführer darauf, daß sie mit ihren Strukturen und Möglichkeiten bei der Brennstoffbeschaffung gegenüber neuen Kraftwerksbetreibern noch Vorteile haben werden. Dennoch reagiert RWE bereits auf die drohende Konkurrenz. In den kommenden Tagen wird der Konzern Kraftwerkskapazität versteigern. Bei dieser Aktion können sich zum Beispiel Stadtwerke an einem virtuellen Kraftwerk einkaufen.